

Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Eberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg, Heintz Eiserl, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 9. Mai.
Preussischer Landtag.
Abg. Richter: Der Antrag bezwecke, in der Öffentlichkeit Klarheit zu verschaffen über Projekte, welche gesteigerte Erregung, namentlich in weiteren Kreisen wegen der Mittel und Wege zu ihrer Durchführung hervorgerufen hätten. Der Antrag enthalte keine Spitze gegen die Minister, er wolle vielmehr nur das Halbblut befeuchten und Klarheit über eine etwa vorhandene Hinter-treppen-Politik schaffen.

geplanten Lotterie zu, indem derselbe sich lediglich dagegen verwahrt habe, selber Gewinn dabei zu ziehen - was ihm übrigens auch Niemand nach-gesagt habe. Er meine, für einen Oberverwal-tungsgerichtsrath schade sich das nicht, - in-deß das sei ja Sache der Staatsbehörden. Nach seinen Informationen habe Herr Kunze bereits mit einem Berliner Bankkonsortium den Lotterievertrag abgeschlossen. Ja sogar - die Kohe seien bereits weiter vergeben. Einem Erachtens habe die Presse, die öffent-lichen Meinungen, alle Urtheile, die Wider-standskräfte gegen diese Projekte zu stärken. Herr Kunze meine, der Herr Minister des Innern sei zwar dem Plane abgeneigt, aber weigere sich her-selbe, so entsetze die Kabinetsfrage. Ebenso hin-sichtlich des Ministers Miquel, mit dem er über diese Sache ein „Duell habe“. Herr Kunze be-trachte sich offenbar als Mitregent, er sei zwar Oberverwaltungsgerichtsrath, aber im Nebenamt Ministerkämmerer. (Große Heiterkeit.) Also „Gottes Segen bei Kunze“ (Wachende Heiter-keit) und für Herrn Kunze hinterher noch als beschiedene Kommissionsgehilfe ein „Herr-bürgermeister - Posten! Die Wirkung der Presse auf die öffentliche Meinung gegen all diese Projekte gelte Herrn Kunze nur als leeres Zeitungsgerede, immerhin aber habe derselbe doch um deswillen einzuweisen das Lotterietheoretiker! Aber wenn nicht durch die Lotterie, - woher wolle Herr Kunze dann die 1/2 Millionen nehmen?! Er seinerseits habe diesen Weg der Öffentlichkeit betreten, um das Dunkel zu lichten, das darüber liege. Schon seien Anbeu-tungen geflossen, als ob Marine- und Militär-Verwaltungen Geber für den Zweck hergeben wollten. Anbeutungen ferner, als solle die große Berliner Pferdebahngesellschaft Hunderttausende von Mark hergeben, um dann die Erlaubnis zu erhalten, die Linien an denjenigen Punkte zu überstreifen, wo sie es wünsche. In Wahrheit aber habe die Ueberstreifung der Linien durch Pferdebahngesellschaft mit dieser Frage nichts zu thun. Entweder sei die Ueberstreifung der Linien an der betreffenden Stelle aus Verkehrs-gründen zulässig, dann müsse man sie der Pferdebahngesellschaft auch gestatten, oder - unzulässig. Aber dann dürfe man die Erlaubnis nicht gegen Geld ertheilen, denn das hieße mit der Staatshoheit Schacher treiben. (Beifall.) Er erwarte hierüber keine Erklärung von dem Minister, denn solches Spiel zu treiben trauere er den Herren sammt und sonders nicht zu. Aber eine Erklärung erwarte er allerdings in Bezug auf den 2. Punkt seines Antrages: die Lotterie, eine Lotterie, die in Wirklichkeit nichts anderes sein würde, als eine „Lotterie zur Verschönerung des königlichen Schlosses“. Besonders auffällig sei die Art, wie nun Herr Kunze in seinem neuen Schreiben seine Legitimation zu führen gesucht habe: nach seinen Worten „im Auftrage des Kaisers“. Während sonst die Minister die Krone zu bedenken bemüht wären, zügte Herr Kunze die Krone in die Polemik hinein. Herr Kunze scheine nicht ge-wohnt zu haben, was er damit gethan. Und noch dazu in so floskeliger Weise, so befangen in einer Polemik gegen den Abg. Meyer. Die Sache erheischt zweifellos eine Klarstellung seitens des Ministeriums, und wie auch diese Klarstellung laute, bekläglich oder nicht, in beiden Fällen müsse die Sache ihre Konsequenzen ziehen. Hier handle es sich um eine öffent-liche Angelegenheit, wo die Verantwortlichkeit der Minister mit im Spiele sei. Der Verfassung gemäß könne der Träger der Krone nichts zur Ausführung bringen ohne die Minister-Verant-wortlichkeit. Ist die Angabe des Herrn Kunze wahr, so müßte das von den Ministern klar-gestellt werden und diese müßten ihre Konsequenzen ziehen. Es sei das notwendig zur Wahr-ung der allgemeinen Interessen des Landes, zur Wahrung der Verfassung und zur Wahrung ihrer politischen Würde. (Beifall links.)

seinem Ansehen und der Nation würdiges Den-mal herzustellen. (Beifall.)
Minister des Innern Herr Graf v. Bötticher: Die erste Frage des Antragstellers hat wohl ihre voll-ständige Erledigung gefunden und es bleibt mir nur noch übrig, auf die zweite Anfrage eine Er-läuterung zu geben. Nichtformäßig müssen alle An-träge wegen Gestattung von Lotterien von den Ministern der Finanzen und des Innern bear-beitet werden. Hierbei habe ich zu erklären, daß ein Antrag auf Gestattung einer Lotterie, welche irgend einen Zusammenhang mit dem bereyten Projekt hat, weder schriftlich noch mündlich je-mals an mich gelangt ist, daß eine Absicht der Staatsregierung, eine solche Lotterie zu geneh-migen, überhaupt nicht bestanden hat und nicht besteht. Solche Lotterietheorien liegen mir nicht vor und sämtliche Angaben darüber sind voll-ständig erfunden. Was den Herrn Kunze anbelangt, so muß ich dem Herrn Richter erwidern, daß die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts der Dis-ziplin der Minister nicht unterliegen. Ich halte mich aber für verpflichtet, im Interesse des Be-amtenstandes zu konstatiren, daß Herr Richter dem Vorgehen des Herrn Kunze fragwürdige Motive untergelegt habe, dem Beweis dafür aber nicht geführt hat.
Abg. H. v. B. (natl.), welcher zunächst auf der Rede des Herrn Richter, erklärt jetzt kurz, auf das Wort zu verzichten.
Abg. Graf v. Limburg-Stirum (konf.) will auf den ersten Teil des Antrages nicht näher eingehen, sondern nur seine Freunde darüber ausprechen, daß der Minister den Gedanken der Vertheilung der Schloßfreiheit rühmend abge-lobt habe. Was den zweiten Teil des Antrages anlangt, so verhehle er nicht, daß schon die Schloßfreilose in der Sache der öffentlichen Einbildung gemacht habe. Vor Allen wegen des Zusammenhanges mit dem Kaiser Wilhelm-Denk-mal. Was Privatlotterien überhaupt angeht, so hätten seine Freunde gegen den bisherigen mög-lichen Gebrauch nichts einzuwenden gehabt. Sollte davon abgesehen werden, so würde zu erwägen sein, ob nicht das Recht der Regierung, Privat-lotterien zu genehmigen, unter gesetzliche Schran-ken zu stellen sei. Aber fürs erste spreche ja nichts für eine solche Nothwendigkeit, denn er-freundlicherweise habe ja die Regierung die Be-fürchtungen hinsichtlich der angelegten geplanten Lotterie gestrichelt.
Abg. v. Popelius (freikons.) hält ebenfalls die erste Frage für erledigt; hinsichtlich der zwei-ten, die Lotterie betreffend, hätten seine Freunde allerdings gern ein noch kategorischeres Nein ge-gibt, eine bestimmte Versicherung, daß die Regie-rung niemals solche Lotterien genehmigen werde. Zurückhaltung solcher Versicherungen gegenüber sei bringen geboten.
Abg. v. Cremer (Dellow) führt aus, das Projekt der Erneuerung der Schloßfreiheit sei ja nicht so plötzlich in dem Kopfe des Herrn Kunze entstanden, vielmehr sei es Jahrzehnte alt, aber die Stadt habe eben niemals die Initiative ergriffen. Das ganze Geschäft komme daher, daß bei dem Lotterietheoretiker die verkehrten jüdischen Mitbürger nicht berücksichtigt seien. Ein Anderer, der nicht Kunze heiße, hätte sich jedenfalls die Drohpfänzen auch noch bezahlen lassen. Be-fänglich sei doch die Frage hinsichtlich des Denk-mals dem Kaiser überlassen, und wenn nun Herr Richter sage, seine Worte richteten ihre Spitze nicht gegen die Minister, - dann frage er, gegen wen denn? Dann solle doch wohl noch ein ganz Anderer verlegt werden?! Richter spreche von der Erregtheit der öffentlichen Mei-nung, nun, wie diese gemacht werde, wisse doch jeder Journalist. Redner rüft ferner der Stadt Mangel an Initiative vor; da sie nichts thue, müßten eben Andere eingreifen. Und wenn man den Kaiser, den Kaiser Dom, die Marienburg auf dem Wege der Lotterie aufbauen bzw. wieder-herstellen, weshalb solle nicht auch für die hier in Rede stehenden Zwecke eine Lotterie zulässig sein?
Abg. v. B. (Zentr.) erklärt, seine Freunde erkennen das unzweifelhaft Verdienst des Abg. Richter an, in dieser Frage, die das Land un-gemein beunruhigt habe, Aufklärung und - Ver-zügung herbeigeführt zu haben. Seine Freunde erkennen auch an, daß Richter das Staatsmini-sterium heute in durchaus angemessener Weise be-handelt habe. (Große Heiterkeit.) Weiter seien sie erregt über die Erklärungen des Mi-nisters v. Bötticher, und sie bedauern nur, daß diese Erklärungen nicht schon längst von der Re-gierung abgegeben werden konnten oder doch nicht abgegeben seien! Andererseits wäre die Er-regung im Lande und auch die heutige Debatte vermieden worden. In Bezug auf die Frage der Lotterien überhaupt könnten er und seine ganze Partei dem, was Graf Limburg gesagt, nur zu-stimmen.
Abg. v. B. (natl.) betont, wie auch seine Freunde das hier in Rede stehende Vor-geden durchaus mißbilligten, wie ja überhaupt nur ein einziger Redner hier im Hause dasselbe verteidigt habe. Es sei in der That dankens-würth, daß dieses Vorgehen hier zur Sprache ge-bracht worden sei. Seine Freunde mißbilligten, er wiederhole es, durchaus, wenn solche Mittel, wie die hier in Rede stehenden, genützt würden.
Abg. Richter, in seinem Schlußwort, will auf Herrn Cremer's Ausführungen nicht weiter eingehen, denselben dabei als einen Freund v. Bötticher's bezeichnend. (Abg. Cremer: Das ist gelogen!) Dem Herrn Minister Herrfürst erwidere er, am lieblich habe er ihn mit der Lotterie auch gar nicht in Zusammenhang ge-bracht. Was er aber gesagt, das halte er auf-recht und sei er bereit, zu beweisen. Herr von Bötticher habe gesagt, man hätte ihn doch pri-vatim befragen sollen, aber weshalb hätte das ge-schehen sollen, wenn die Regierung selber nicht Anlaß zu Erklärungen nehme. Zurwarren sei die Genehmigung der Lotterie dem Minister des Innern jedenfalls gewesen, nachdem derselbe schon einmal die Schloßfreilose-Lotterie und zum Zwei-ten die Kolonial-Lotterie genehmigt hatte! Den Konserativen stimmten er nebst Freunden dur-chaus zu, wenn dieselben durch den Mund des Grafen Limburg den Gedanken einer gesetzlichen Fest-legung von Bestimmungen über die Genehmigung von Privat-Lotterien nicht äußerten. Sie an dem Staatsminister mit einer Frage zu richten, liege um so weniger Anlaß vor, als schon leider zu viel hinter den Kulissen verhan-delt werde! (Sehr wahr!) Dazu sei aber das Abgeordnetenhaus da, um öffentlich solche Dinge zu verhandeln. Und wenn eine Kabinets-

ordre, wie sie der Herr Staatssekretär verlas, schon längst vorlag, weshalb habe sie derselbe nicht schon längst veröffentlicht?! Dann wäre alle Aufregung und diese ganze Verhandlung ver-mieden worden. Wie alt sei denn eigentlich diese Kabinetsordere, von wel-chem Weisfall links.) Seine Partei werde jedenfalls niemals, wenn wieder solche Dinge vorlägen, es unterlassen, dieselben öffentlich zur Sprache zu bringen und dem Lande Veruhigung zu verschaffen.
Damit schließt die Debatte.
Präsident von Köller ruft den Abg. Cremer wegen seines Zwischenrufes, der Abg. Richter habe gelogen, zur Ordnung.
Abg. Richter: Wenn selbst eine dem Herrn Alwardt so verwandte Seele denselben nicht als Freund anerkennen wolle, so sei das sicherlich im höchsten Maße bezeichnend. Ge-schäftlich bemerke er noch, nachdem sein An-trag seinen Zweck erfüllt habe, er denselben nunmehr zurückziehe.
Abg. Cremer: Wenn Richter ihn eine dem Alwardt verwandte Seele nenne, so sei das wiederum eine - doch er würde sich da wieder einen Ordnungsruf zuziehen. (Große Heiter-keit.)
Das Haus geht nunmehr zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung über, dem An-trage Richter, betr. die Ergebnisse der Verantlagung der neuen Ein-kommensteuer.
Nach kurzer Befürwortung des Antrages durch den Antragsteller Richter erklärt Minister Miquel: Der Antrag sei über-flüssig. Die Regierung werde ohnehin dem Landtage mit einer Denkschrift kommen, welches alles Material enthalten werde, das zur Beur-theilung der Wirkung der bisherigen Steuer-reform erforderlich sei. Der Minister führt dabei näher aus, die Regierung halte fest daran, auf die Realsteuer, Grund-, Gebäude- und Gewerbe-steuer zu verzichten zu Gunsten der Kommunen, und daran, daß die ganze Staatssteuer-Reform keine bloße Pflanzmacherei bedeute. Ob die Denkschrift schon zum 1. Juli werde fertig werden, wisse er nicht. Hoffentlich werde aber die Publi-kation vor dem nächsten Zusammentritt des Land-tages erfolgen können.
Abg. von Kardorff (frk.) führt aus, wie unter dem Einflusse der neuen Einkommen-steuer die Wohlhabenden vielfach aus Städten mit hohen Gemeindefeuerschulden auswanderten. Und diese betreffende Entscheidung werde, wie er befürchte, auch nach erfolgter Kommunal-steuerreform - gestalte sich dieselbe, wie sie wolle - nicht fallen. Diese Entscheidung liege aber an der guten sozialistischen Färbung des Ein-kommensteuergesetzes.
Abg. v. Schalscha (Ztr.) beklagt die Draufgänger der Einzahlungen vor und nach der Einführung durch die Kommisäre, die die Einzahlung nicht stabil genug bebandelten, zu-mal angesichts der Thatfache, daß ja die Steuer-zähler sich selber nach Pflicht und Gewissen ein-schätzten.
Minister Miquel giebt zu, in Einzelfällen sei wohl von den Kommissären der Ausfüh-rungs-Anweisung entgegengehandelt worden, wonach bei Anweisung von Deklarationen persönliche Rück-sicht zu erfolgen habe. Das finde aber seine Entschuldigun durch die aus der erstmaligen Be-anlagung erwachsene Fülle von Arbeit. Wo-beral. Unterlassungen es masse stattgefunden hätten, habe er Reklamationen eintreten lassen.
Nach einer weiteren Debatte, an der sich noch die Abg. von Rauchhaupt (konf.), Richter (frk.), Dr. Sattler (nl.), Döpp-ner (konf.) und wiederholt Minister Miquel be-theiligten, wird der Antrag Richter angenom-men, die Regierung somit aufgefordert, über die Ergebnisse der Verantlagung der neuen Einkom-mensteuer für den Staat und für die größeren Kommunen baldmöglichst ausführliche Denkschrif-ten zu veröffentlichen.
Alsdann wird die Beratung des Sekundär-bahngesetzes fortgesetzt und der Rest des Gesetzes zunächst ohne Diskussion genehmigt.
Die Budgetkommission beauftragt hierauf die Annahme folgender Resolution:
„Die königliche Staatsregierung aufzufor-dern, die für den Erneuerungsabau von Bahnhöfen erforderlichen Bedürfnisse in dem Staats-haushaltsstaat auszubringen und demgemäß die Mittel zur Befriedigung derselben auf dem für den Staatshaushalt gegebenen Wege zu beschaffen.“
Bevor in die Beratung dieser Resolution eingetreten wird, beschließt das Haus, sich zu ver-zagen.
Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.
Tages-Ordnung: Beratung vorsehender Resolution, kleinere Vorlagen und 2. Beratung des Antrages Dr. v. W., betr. die gutverhält-nißmäßigen Verhältnisse in Neu-Vorpommern.
Schluß 3 1/2 Uhr.

stattgefunden, und haben sich bei diesen Beschluß-ten keinerlei Anfechtungen ergeben.
2. Die Firma Löwe war durch Kontrakt verpflichtet, bis ult. Januar 1892 die letzten Waf-fen der ihr übertragenen Lieferung von 425,000 Gewehren abzugeben, nicht, wie in der Broschüre gesagt ist, am 1. Januar 1892. Mitte Januar d. J. sind die letzten Gewehre der genannten Fa-brik abgenommen worden.
3. Der Firma Löwe ist nicht ein Gewehr-Preis von 58 Mark gezahlt worden, wie die Broschüre behauptet, sondern ein erheblich niedrigerer. Unter Zugrundelegung des Ge-wehrpreises in den königlichen Fabriken kann die Firma Löwe etwa 2 bis 4 Mark an jedem Ge-wehr verdient haben, nicht 30 Mark, wie der Verfasser der Broschüre behauptet.
4. Gegen die Angeklagten, soweit sie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt sind, ist gericht-liche Untersuchung eingeleitet.
5. Dem Staatsanwalt ist von der Sache Mittheilung zugegangen mit dem Anbein-gaben, seiner Zeit die erforderlichen Schritte zu thun.
Halle a. S., 9. Mai. Professor Krause ist zum Direktor der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses in Altona ernannt worden.
Hiel, 9. Mai. (W. T. B.) Se. könig-liche Hoheit der Prinz Heinrich ist heute Vormit-tag 10 1/2 Uhr an Bord des „Deouulf“ hier ein-getroffen.
Hamburg, 6. Mai. Eine Schale des Jor-nes wurde in der gestrigen Bürgerstimmung über unsere Bau-Deputation ausgenommen, der von verschiedenen Seiten, auch seitens des Aus-schusses über die Senatsvorlage wegen Neubaus einer höheren Bezirksstelle vor dem Lübecker Thore, der Vornur gemacht wurde, daß sie mit dem Staatsgehalte allzu verschwenderisch umgehe. Diese Baubehörde habe nämlich für das Schul-gelände Kostenaufschläge angefertigt, die von ihr selbst innerhalb dreier Jahre von 784,000 auf 279,000 Mark, also um mehr als eine halbe Million Mark ermäßigt worden waren, freilich erst, nachdem die Ober-Schulbehörde einen Privat-Architekten in Anspruch genommen hatte, der durch ausführlich begründete Pläne u. bewies, daß die Bau-Deputation Alles viel zu hoch an-geschätzt hatte. Der Privat-Architekt - Fittsche - hatte selbst einen Anschlag im Betrage von 340,000 Mark vorgelegt. Im Allgemeinen wurde von einem Mitgliede der Bau-Deputation in der Versammlung der Preisunterschied mit der Rück-sichtnahme auf die Arbeiterstellungen im Bau-gewerbe begründet, aber der gewaltige Sprung von oben nach unten nicht genügend aufklärt. So kam es, daß die Bürgerstimmung beschloß, nun nicht nach dem staatlichen, sondern nach dem Privatpreise zu bauen, außerdem aber in der nächsten Versammlung darüber zu beraten, ob in Zukunft nicht bei größeren Staatsbauten der Wettbewerb von Privatarchitekten nach einem be-stimmten Programm eintreten solle. Man glaubt nämlich, daß bei vielen unserer Staatsbauten Millionen hätten gespart werden können; die An-gelegenheit hat bereits eine ganze Reihe von Zeitungsartikeln herausbeschrieben.
Oesterreich-Ungarn.
Wien, 9. Mai. (Hilfs L. B.) Die Montags-Neue bekräftigt den Sturz des Kabinetts Rabin und schreibt: Für die europäische Si-tuation habe die Veränderung in Italien keine er-heblichen Konsequenzen. Der König Humbert werde im Dreiecke verbleiben und jedes neue Ministerium müsse die alte Politik fortsetzen.
W. T. B. 9. Mai. Die gemein-samen Ministerkonferenzen sind beendet und werden in dem heute unter dem Vorhabe des Kaisers stattfindenden Ministerathe ihren Ab-schluß finden. Die Delegationen werden, wie es heißt, wahrscheinlich im Frühherbst zusamen-treten.
W. T. B. 9. Mai. Der ungarische Handels-minister Barof ist heute Vormittag um 11 Uhr gestorben. Im Abgeordnetenhaus beabsichtigt sich nach dem Bekanntwerden der offiziellen Nachricht der Abgeordneten eine ungeheure Aufregung. Der Präsident suspendirte sofort die Sitzung und widmete nach Wiederaufnahme derselben dem verstorbenen Minister den ihmigen Nachruf. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer auf morgen vertagt. Ueber die Beerdigung wird morgen entschieden.
Im Abgeordnetenhaus wirkten die Führer der verchiedenen Parteien, Apponyi, Traffy, Etsz, Kolloman, Tisza, Wabarasz und der Minister Szilaghy die Verdienste des verstorbenen Handelsministers Barof. Das Haus wird sich in der morgigen Sitzung bloß mit einer Trauer-manifestation beschäftigen. Die Nachricht, welche sich mit Ungeschick in der Hauptstadt verbreitete, rief überall Verwirrung hervor. Zahl-lose Privatgebäude hielten Trauerfabnen.
Belgien.
Brüssel, 9. Mai. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Gilly fürste in dem Bezirk von Trien Kaiser in die Tiefe, wobei fünf Personen getödtet sein sollen.
Großbritannien und Irland.
London, 9. Mai. Einer Depesche des „Standard“ aus Bern zufolge habe die franzö-sische Regierung die Aufmerksamkeit des Schwei-zer Bundesraths auf den unbefriedigten Zustand des Rhodenerthalen gelenkt, wodurch einer italieni-schen Armee der ungehinderte Zugang in franzö-sisches Gebiet möglich gelassen werde. Der Bundesrath habe darauf beschloffen, die Bundes-verammlung anzurufen, Mittel zur Befestigung von Martigny und Saint Moritz auszuwerfen.
Rußland.
Petersburg, 9. Mai. (W. T. B.) Der Oberst von Wendrich ist zum Oberinspektor aller russischen Eisenbahnen ernannt worden.
Stettiner Nachrichten.
Stettin, 10. Mai. Unter Berufung auf das Preßgesetz überredet uns Herr Lehrer Dre-ws-Grabow mit Bezug auf den Bericht über die von ihm angelegte Befestigungslage gegen seine Kollegen ein Schriftstück. Obwohl dasselbe tatsächliche Verhältnisse nicht enthält, ver-öffentlichend wir dasselbe doch im Wortlaut da-



Der Nebel größtes ist die Schuld!

Kriminalroman von Georg Söder.

(Stadtred. verboten.)

48)

„Wir werden hier beobachtet,“ meinte der Untersuchungsrichter, sich zu einer gelassenen Miene zwingend...

meinte er. „Sie haben ja immerhin als Vertheiliger die unglücklichen Bedenken eines gewissen Interesses an der ganzen Angelegenheit.“

Kassensprant Banknoten und Gescheide im Werthe von mindestens zehntausend Mark entwendet zu haben?

das Rechtsmittel der Revision zu, welches Sie binnen acht Tagen schriftlich oder mündlich durch Ihren Herrn Verteidiger bei der Gerichtsschreiberei anzumelden haben.“

Erregt wendete auch Rudolph sich der Ausgangstür zu. Da wollte es der Zufall, daß er plötzlich mitten in der vorübergehenden Menschenmenge gegenüber: sie wußten selbst nicht wie...

Prof. gr. Vadeinrichtung 33. M. L. Weyl, Berlin 41.

Stettin, den 8. Mai 1892. Bekanntmachung. Aus Anlaß der bevorstehenden Ankunft Ihrer Majestät des Kaisers und der Kaiserin am Freitag, den 13. d. Mts...

Stettin, den 10. Mai 1892. Bekanntmachung. Der Fußweg von Fort Breiten über den Gärtnerei-Platz nach der Gärtnerei wird vom 13. bis einschließl. 17. d. Mts...

Neuer Rheinhafen Düsseldorf. Verpachtung von Lagerplätzen und Uferflächen. Die Verpachtung der Lagerplätze und Uferflächen im neuen Rheinhafen zu Düsseldorf wird beauftragt zur Erörterung gelangen.

Rheinische Viehversicherungs-Gesellschaft zu Köln. versichert in Folge Vertrages mit einer Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft auch gegen feste Prämien.

Niederlassungs-Anzeige. Dr. med. G. Schwarzwaller, ehem. Assistent der Martin'schen Klinik — Berlin. Frauenarzt und Geburtshelfer.

Stettin, den 9. Mai 1892. Bekanntmachung. Der Verlegung des Geschäftslokals wegen ist das Ständesamt am Freitag, den 13. d. Mts, nur von 9 bis 10 Uhr Vormittags für das Publikum geöffnet.

Stettin, den 9. Mai 1892. Bekanntmachung. Der auf den Namen der verstorbenen Witwe Geert — spätere Frau Pappe — ausgehellte und angeblich verloren gegangene Freischein — Nr. 16 — wird hiermit aufgerufen...

Bad Neuenahr. Saison von 1. Mai bis 30. September. Per Bahn von Bonn 1 Stunde. Lithionhaltige alkalisch-muriatische Thermo. Wirkung sehr bewährt zwischen Carlsbad, Vichy und Ems...

MARIENBAD. Glaubersalzhaltige, Eisen- und erdig-alkalische Quellen, Kohlensäure, Moor-, Stahl-, Dampf-, Gas- und Heissluftäder, Kaltwasserheilanstalt...

Stettiner Krieger-Verein. Die Ehefrau unseres Kameraden F. Rath ist am 9. d. M. gestorben. Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, gr. Laßalle 35-36, aus statt...

Stettin, den 9. Mai 1892. Bekanntmachung. Der Ertrag ist für die Kirche bestimmt. Einladungen zu 50 Pf. in Stettin in der Buchhandlung des Herrn Bürgermeister am Hofmarkt...

Bahn-Atelier für Damen und Kinder von Helene Ullrich, jetzt Breitestraße 45. Schönschreiben. Kleines, schlichte Schrift wird in 2-3 Wochen fertig.

Stettiner Pferde-Lotterie. Ziehung am 12. Mai 1892. a) Loos 1 Mk. Liste und Porto 30 Pf. 2666 Gewinne i. d. Summe von 180000 Mk., darunter 10 Equipagen und 150 Pferde.

Die grössten Gewinne sind bei den Barletta u. t. Eisenbahn-Loosen. Frs. 2 Millionen, 1 Million, 600,000, 500,000, 400,000, 300,000, 200,000, 100,000, 60,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 10,000, 5000 etc.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft. Directe Postdampfschiffahrt. Stettin-New-York. Polaris 7. Mai, i) Polynesia 24. Mai.

Privat-Impfungen. Jeden Dienstag und Freitag Nachm. von 4-5 Uhr. Dr. Emil Steinbrück.

Einssetzen künstlicher Zähne, Blombiren, schmerzloses Zahnziehen, sowie sämtliche Zahnoperationen. Billige Preise. E. Kalinke, Schulzenstr. 29, 1 Cr.

Die Gartenlaube. Der Klosterjäger. Von Ludwig Ganghofer. Man abonniert auf Die Gartenlaube 1892 in Wochen-Nummern bei allen Buchhandlungen und Postanstalten...

Stettiner Wein-, Bier u. Selterflaschen. Fr. Düker, gr. Wollweberstr. Nr. 7.

Stettin. Die Ehefrau unseres Kameraden F. Rath ist am 9. d. M. gestorben. Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, gr. Laßalle 35-36, aus statt...

